

Nie wieder Vertreibungen!

Von Meta Gehrke

Das Zentrum gegen Vertreibungen wird wohl nicht mehr gebaut werden. Das Ausland will es nicht; die meisten unserer Politiker wollen es auch nicht. Die einen fürchten die Entdeckung ihrer Mitschuld und die anderen scheinen um ihre Karriere zu fürchten. So schreibt beispielsweise als „neutrale“ Stimme in Heft 3/Jahrgang 2003 in der Zeitschrift *Jüdisches Europa* deren Chefredakteurin im Editorial unter der Überschrift *„Vergangenheit aufarbeiten!“* u. a. *„... Und in Berlin versuchte der ‚Bund der Vertriebenen‘ erneut die Vergangenheit zu verharmlosen mit seiner Forderung, gleich neben dem zukünftigen Holocaust-Mahnmal ein ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ als Gedenkstätte für die Vertriebenen als ‚deutsche Opfer‘ des Faschismus einzurichten, was nicht nur weltweite Proteste, sondern glücklicherweise auch in Deutschland heftige Diskussionen auslöste. Bundeskanzler Schröder sprach sich gegen eine solche Gedenkstätte aus und warnte vor der Gefahr ‚allzu einseitig das Unrecht, das Deutschen widerfahren ist, in den Vordergrund‘ zu stellen und ‚dabei zu sehr auszublenden, welches die historischen Ursachen sind‘. Auch andere Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft und viele Kulturschaffende protestierten und traten dafür ein, dass endlich die Vergangenheit auch in Deutschland aufgearbeitet wird und die Verbrechen des Nationalsozialismus und seine Folgen klar und deutlich erkannt und benannt werden, gegen die Tendenz sie zu verschleiern, gegen eine Neubelebung. Noch können wir die Koffer im Schrank lassen, ...“*

Als wir in Deutschland noch keine „Gesellschaft“ waren, sondern ein Volk, hat es ein klares Bekenntnis der Heimatvertriebenen zu Recht und Frieden gegeben. Ganz ausdrücklich haben sie auf Rache und Vergeltung verzichtet, wohl wissend, daß man damit nie zu einem Einvernehmen kommen könnte. Sie, die das unendliche Leid der Vertreibung von Haus und Hof aus der Heimat erlitten hatten, wollten mit ihrem Verzicht auf Rache und Vergeltung den Grundstein zu einer friedlichen Welt legen und sahen ihr Ziel im Zusammenschluß der Völker in einem freien geeinten Europa.

Das Recht war auf Seiten der Vertriebenen, aber Macht hatten sie nicht. Zudem war die Not anfangs sehr groß. Fünfzehn Millionen entrechtete Deutsche kamen in ein zerstörtes Land; die systematische Zerstörung von Wohnraum durch die Flächenbombardierungen der alliierten Streitkräfte dauerten bis Kriegsende an. Der Landverlust und

die Zerstörungen trafen das gesamte Deutsche Volk. Dessen war man sich damals noch bewußt. Mit Hilfe des Lastenausgleichs wurde die Eingliederung der Heimatvertriebenen bewerkstelligt und der Wiederaufbau begonnen. Viele, viele Menschen halfen dabei. Am deutschen Wirtschaftswunder hatten die Vertriebenen mit ihrem Fleiß und ihrer Tüchtigkeit einen bedeutenden Anteil.

Auf *ihr* Recht auf Heimat warten sie noch immer, ja, es ist noch nicht einmal schicklich, daran zu erinnern. Um die Geschehnisse der Vertreibung vor dem Vergessen im Volk zu bewahren und die Aufrufe der Vertriebenen in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Erinnerung zu rufen – den Jüngeren das vor Augen zu führen, was sie in der Schule vielleicht gar nicht mehr berührt haben – seien im Verfolg die *Charta der Heimatvertriebenen* von 1950, sowie die *Berliner EntschlieÙung* von 1955 und der Aufruf von Kassel im Jahr 1959 wortwörtlich wiedergegeben.

Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Am 6. August 1950 wurde diese „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ in Stuttgart auf einer Großkundgebung in Gegenwart von Mitgliedern der Bundesregierung, der Kirchen und der Parlamente von dem Unbekannten Heimatvertriebenen verkündet. Sie trägt die Unterschriften der Sprecher der Landsmannschaften der Vertriebenen sowie der Vorsitzenden des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen und seiner Landesverbände. In allen Teilen Deutschlands wurde sie auf Großkundgebungen bestätigt.

Im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen,

im Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis,

im Bewußtsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker,

haben die erwählten Vertreter von Millionen Heimatvertriebener nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenüber eine feierliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen.

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.
2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.
3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.

Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten.

Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen, zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.

Solange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen, geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken.

Darum fordern und verlangen wir heute wie gestern:

1. Gleiches Recht als Staatsbürger, nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags.

2. Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.
3. Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes.
4. Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas.

Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.

Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht.

Die Völker müssen erkennen, daß das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.

Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.

Stuttgart, den 5. August 1950.

Dr. Linus Kather

Mitglied des Bundestages
Vorsitzender des Zentralverbandes
der vertriebenen Deutschen

Helmut Gossing

Vorsitzender des Landesverbandes
Niedersachsen im ZVD

Josef Walter

Vorsitzender des Landesverbandes der
Heimatvertriebenen in Hessen

Dr. Mocker

Vorsitzender des Landesverbandes der
vertriebenen Deutschen in
Württemberg

H. Eschenbach

Landesverband der vertriebenen
Deutschen, Stuttgart

Wilhelm Zeisberger

Neubürgerbund, Bayern

Dr. Alfred Gille

Vorsitzender des Landesverbandes der
Heimatvertriebenen, Schleswig-
Holstein

Dr. Bernhard Geisler

Vorsitzender des Landesverbandes der
Ostvertriebenen Nordrhein-
Westfalen

Erwin Engelbrecht

Vorsitzender des Landesverbandes
Bayern im ZvD

A. Deichmann

Vorsitzender des Landesverbandes der
vertriebenen Deutschen,
Rheinland-Pfalz

Roman Herlinger

Hauptausschuß der Flüchtlinge und
Ausgewiesenen Bayern

Dr. Rudolf Lodgman von Auen

Sprecher der Sudetendeutschen
Landsmannschaft

Erwin Tittes

Sprecher der Landsmannschaft der
Siebenbürger Sachsen in Deutschland

Dr. Rudolf Wagner

Sprecher der Landsmannschaft der
deutschen Umsiedler aus der Buko-
wina

Dr. Alfred Rojek

Vorsitzender den Berliner Landesver-
bandes der Heimatvertriebenen

Walter von Keudell

Sprecher der Landsmannschaft
Berlin-Brandenburg

Dr. Konrad Winkler

Vorsitzender der Interessengemein-
schaft der Heimatvertriebenen in
Südbaden

Axel de Vries

Sprecher der Deutsch-Baltischen
Landsmannschaft

Franz Hamm

Vorsitzender der Landsmannschaft
der Deutschen aus Jugoslawien

Erich Luft

Landesverband Bayern im ZVD

Dr. Bartunek

Landesverband der vertriebenen
Deutschen in Nordbaden

Dr. Schreiber

Sprecher der Landsmannschaft
Ostpreußen

Erik von Witzleben

Sprecher der Landsmannschaft
Westpreußen

Dr. Walter Rinke

Sprecher der Landsmannschaft
Schlesien

Anton Birkner

Sprecher der Karpatendeutschen
Landsmannschaft Slowakei

v. Bismarck

Sprecher der Pommerschen
Landsmannschaft

Waldemar Kraft

Sprecher der Landsmannschaft
Weichsel/Warthe

Dr. Gottlieb Leibbrandt

Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der
Ostumsiedler (Rußlanddeutsche)

Dr. Kimme

Vorsitzender des Landesverbandes der
vertriebenen Deutschen in Bremen

Dr. Kautzor

Vorsitzender des Verbandes der
Heimatvertriebenen in Württemberg,
Hohenzollern und Lindau

Berliner Entschließung

Zum „Tag der Deutschen“ am 10. und 11. September 1955 haben sich Abgeordnete der frei gewählten Länderparlamente der Bundesrepublik und Berlins sowie Vertreter aller deutschen Landsmannschaften im Gedenken an die Teilung Deutschlands vor zehn Jahren und an die Vertreibung von Millionen Deutscher aus ihren Heimatgebieten in Berlin zusammengefunden und erklärten vor der Weltöffentlichkeit feierlich:

1. Die Vereinigung der willkürlich geschaffenen Teile Deutschlands in Frieden und Freiheit ist die einmütige Forderung aller Deutschen. Ohne Vereinigung Deutschlands gibt es keinen wahren Frieden in der Welt.
2. Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit. Gerechtigkeit muß allen Völkern Europas werden.
3. Das durch das internationale Recht und durch die Atlantik-Charta verbürgte Selbstbestimmungsrecht, das Recht jedes Volkes, seine politische und soziale Ordnung in voller Freiheit sich selbst zu geben, gilt für alle Völker, auch für das deutsche Volk. Es darf nicht Interessen anderer Staaten geopfert werden.

4. Millionen von Menschen ist unter Bruch menschlichen Rechtes und aller göttlichen und sittlichen Gesetze die Heimat geraubt worden. Das Recht auf Heimat muß als ein Menschenrecht von allen Völkern anerkannt und verwirklicht werden, um diese Vergewaltigungen gutzumachen und ihnen für alle Zukunft ein Ende zu setzen.
5. Jedes Volk hat das Recht, in voller Freiheit seine eigenen Werte zu bewahren, zu entwickeln und dadurch seinen Beitrag zur Kultur der Menschheit zu leisten.
6. Wir bekennen uns zu einem politisch geeinten Europa. Dieses geeinte Europa kann nur aus der Gemeinschaft freier Völker erwachsen.

Der Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände – hat auf dem Kongreß seiner führenden Mitarbeiter in **Kassel** am 2. Mai 1959 verkündet:

Wahrer Friede wurzelt in Gerechtigkeit Gerechtigkeit muß allen Völkern werden

Ein gerechter Friede muß auf den Grundsätzen beruhen, die in der von 30 Staaten unterzeichneten Atlantik-Charta, in der Satzung der UNO und in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergelegt sind.

Die Sowjetunion verleugnet in dem von ihr vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland diese auch von ihr anerkannten Grundsätze.

Die Vertriebenen halten unter Berufung auf diese Grundsätze und auf die Charta der Heimatvertriebenen folgende Voraussetzungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden für unabdingbar:

1. Ein gerechter und dauerhafter Friede muß aus Verhandlungen hervorgehen. Partner eines Friedensvertrages kann nur das ungeteilte Deutschland sein.
 2. Die Vereinigung der willkürlich geschaffenen Teile Deutschlands in Frieden und Freiheit ist die einmütige Forderung aller Deutschen. Zu ihrer Erfüllung haben sich alle vier ehemaligen Besatzungsmächte verpflichtet. Diese Verpflichtung besteht noch heute.
 3. Das Selbstbestimmungsrecht, festgelegt in der Satzung der Vereinten Nationen, und der Anspruch auf die Heimat müssen gewährleistet sein.
Das Selbstbestimmungsrecht verlangt, daß keine territorialen Veränderungen zustande kommen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betreffenden Völker übereinstimmen. Annexionen sind daher verboten.
Das Selbstbestimmungsrecht verbürgt allen Völkern, auch dem deutschen Volk, das Recht, sich seine politische und soziale Ordnung in voller Freiheit selbst zu geben.
 4. Gewaltsame Vertreibungen sind, gleichgültig von wem und wem gegenüber begangen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Millionen von Menschen ist durch die Vertreibung die Heimat geraubt worden. Die durch die Massenvertreibungen geschaffenen Zustände dürfen durch einen Friedensvertrag nicht sanktioniert werden. Sie bedürfen einer einvernehmlichen Regelung.
 5. Allen Völkern in Mittel- und Osteuropa muß ein friedliches Zusammenleben in Freiheit gesichert werden.
 6. Die Völker Mittel- und Osteuropas müssen im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems gegen die Wiederholung totalitärer Aggressionen geschützt sein.
-

Die an Friedensverhandlungen beteiligten Mächte stehen vor der Entscheidung

**Verhandlungsfriede oder Diktatfriede
Rechtsfriede oder Gewaltfriede**

Die Folgen von Versailles sind ein geschichtliches Menetekel.